

10. Hegemonialer Diskurs im Detail: russische nationale Identität im offiziellen Diskurs

A nation is a group of people united by a common error about their ancestry and a common dislike of their neighbors.

KARL DEUTSCH, 1969

10.1 EINLEITUNG

Die russische nationale Identität stand nach dem Zusammenbruch der UdSSR aus einer Vielzahl von Gründen zur Debatte, die bereits teilweise in Kapitel 5 angesprochen wurden. Drei zentrale Elemente der Krise der nationalen Identität sollen nochmals hervorgehoben werden:

- die hohe Assoziation der russischen Identität mit der sowjetischen Identität;
- die Unsicherheit über die Dimensionen *russkij* und *rossijskij*;
- die (Re-) Positionierung Russlands zum gegenüber dem Westen.

Mit dem Untergang der UdSSR, von Putin als „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ und als „wahres Drama für das russländische Volk“ bezeichnet, ging ein zentrales Element der nationalen Identität verloren. Denn „russisch Sein“ bedeutete zu großen Teilen auch „sowjetisch Sein“. Die oben beschriebenen Versuche, im offiziellen Diskurs die Einheit der Geschichte Russlands wiederherzustellen, zeugen davon, die sowjetische Periode (wieder) als wichtiges Element der russischen Identität anzuerkennen.

Auf das Spannungsverhältnis zwischen den Ebenen „russisch“ (*russkij*) und „russländisch“ (*rossijskij*) wurde wiederholt hingewiesen. Es geht zurück auf das Wegfallen des sowjetischen Elements in der russischen nationalen Identität bei

gleichzeitiger Selbstdefinition Russlands als Vielvölkerstaat. Der Mitte der 1990er Jahre vermehrt verwendete Begriff *russländisch* gilt als Beitrag, eine bürgerliche nationale Identität zu begründen. Und so spricht man im offiziellen Sprachgebrauch von russländischem Staat, russländischer Fahne, russländischen Institutionen etc.; dagegen aber von russischer Sprache, Kultur und Literatur (Malinova & Casula 2010: 175; Malinova 2007b); von „russländischer Geschichte“ zu sprechen ist möglich, würde aber bereits eine Wertung beziehungsweise Spezifizierung enthalten, da „man sich auf jene Periode beschränken würde, als [russländisch] die Selbstbezeichnung unseres Landes Russland war“ (Isaev 2006: 5), was aber nicht immer der Fall gewesen sei. Man würde sich auf das postsowjetische Russland beschränken. Umgekehrt ist die Ersetzung von *rossijskij* durch *russkij* ebenfalls problematisch, weil sie das Konzept des multinationalen Volkes Russlands (*mnogonacional'ny narod*) in Frage stellt. Wie also einen russischen (*russkoe*) Staat denken? Oder eine russländische (*rossijskaja*) Kultur? Liegen bei solchen Wortverbindungen systematische Fehler vor oder geht es vielmehr um die Vermittlung einer bestimmten politischen Botschaft?

Schließlich stellt sich akuter als zu Sowjetzeiten die Frage der russischen Beziehung zum Westen. Insbesondere die Idee einer *europäischen* Identität Russlands bei gleichzeitiger Wahrung der Idee eines „russischen Sonderwegs“ erscheint problembeladen. Wie gesehen, waren die letzten Jahre der Sowjetunion (unter anderem Gorbačëvs „gemeinsames Haus“) und die ersten Jahre des postsowjetischen Russlands durch eine sehr starke Hinwendung zum Westen geprägt – im offiziellen Diskurs und weit darüber hinaus. Diese Haltung hat sich aber zunehmend verändert und weiter ausdifferenziert: Man unterscheidet zwischen politischen (zumeist antagonistisch), wirtschaftlichen (durch Konkurrenz und gegenseitige Abhängigkeit geprägt) und kulturellen (gemeinsame Wurzeln) Beziehungen zwischen der EU und Europa sowie zwischen Europa und den USA, um nur einige Dimensionen des Verhältnisses zu nennen.

Offensichtlich aber bleibt, dass die jahrhundertealte Frage nach den Beziehungen Russlands zu Europa und das Zusammen- beziehungsweise Auseinanderfallen der russischen und europäischen Identität Thema geblieben sind und in den Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR an Dynamik gewonnen haben:

„The debate [about Europe] continues to be defined by a liberal and a Romantic nationalist position, yet whereas the latter is fairly stable, the former has lost much of its radical Westernising quality. The state, moreover, has slid away from the liberal position and is trying uneasily to poise itself closer to the Romantic nationalist position. Although the Ro-

mantic nationalist position may not succeed in taking over the state, it seems strong enough to draw the state even closer than is presently the case.“ (Neumann 1996: xvi)

Auch nach 2000 hat die Dynamik nicht nachgelassen. Der „Westen“, in vielen verschiedenen Facetten, bleibt zentraler aber Konjunkturen unterworfenen Referenzpunkt für die Konstruktion russischer nationaler Identität.

Schon Conolly stellte fest, dass das *Andere* essenziell ist für jede Identitätskonstitution:

„Identity requires difference in order to be, and it converts difference into otherness in order to secure its own self-certainty. Identity is thus a slippery, insecure experience, dependent on its ability to define difference and vulnerable to the tendency of entities it would so define to counter, resist, overturn, or subvert definitions applied to them.“ (Conolly 1991: 64)

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion zeigt sich aber ein Verhältnis, das über einfache Alterität hinaus geht. Der Westen ist nicht einfach das konstitutive Außen russischer nationaler Identität. Dass die Beziehung komplexer ist, soll im folgenden Abschnitt gezeigt werden.

10.2 DIE RUSSEN UND RUSSLAND: NATIONALISMUS, RUSSKIJ VS. ROSSIJSKIJ UND RUSSISCHER FÜHRUNGSANSPRUCH IN EINEM MULTINATIONALEN STAAT

Diese Diskussion über die Russen und Russland geht zurück auf die russische Unabhängigkeit und ist eng verbunden mit Boris El'cin, der den Begriff der *rossijane* in den öffentlichen Gebrauch eingeführt hat, um sich an alle Bürger der russländischen Föderation unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu wenden. El'cin schlug in seiner ersten Ansprache an die Föderalversammlung ein Konzept einer bürgerlichen Nation (*civic nation*) vor, was aber sowohl bei Befürwortern der Rechte der einzelnen Nationen in der Föderation als auch bei Vertretern einer imperialen russischen Selbstdefinition auf Ablehnung stieß (Malinova & Casula 2010: 172). Bei den Betroffenen selbst war die Akzeptanz nicht einhellig: Aus unterschiedlichen Gründen sahen sich die kleinen Völker einer erzwungenen Gleichmacherei ausgesetzt, während die ethnischen Russen fürchteten, ihre Sonderposition zu verlieren. Malinova (2007b: 62) spricht in diesem Zusammenhang von einem regelrechten russländischen Projekt einer

staatsbürgerlichen Identität, das sich besonders in den ersten Jahren unter El'cin entfaltete.¹

Der heutige offizielle Diskurs umfasst hinsichtlich der Beziehung *russkij-rossijskij* ein breites Spektrum und ist weitgehend durch Unentscheidbarkeit geprägt. Bereits seit Ende der 1990er Jahre kam es zu einer Akzentverschiebung, zu einer verbreiteten Retraditionalisierung und einem Wiederaufleben nationaler Symbole. Zugleich gab sich der offizielle Diskurs streng antikommunistisch, antinationalistisch und liberal. Mit dem Ende der El'cin-Ära kam es zu einer „patriotischen Wendung“:

„Die Staatsmacht begann eine aktive Rolle auf jenem Gebiet zu spielen, das zuvor von ‚professionellen Patrioten‘ besetzt war. Sie hörte auf, sich als [politisch] liberal zu positionieren (trotz der Fortsetzung wirtschaftsliberaler Politiken) und versuchte, sich die Symbolik und Rhetorik ihrer Gegner anzueignen – [...] sowohl aus dem ‚roten‘ wie aus dem ‚weißen‘ Teil des nationalistischen Spektrums.“ (Kurenjy 2006:142)

Experten sehen einen Zusammenhang zwischen der Xenophobie auf gesellschaftlicher Ebene und dem Nationalismus auf offizieller:

-
- 1 Malinova verweist zudem auf den „politisch korrekten“ Charakter des Begriffs russländisch im russischen Sprachgebrauch. Mit ihm wird all jenes konnotiert, das nicht als (ethnisch) russisch zu bezeichnen ist: „In den 1990er Jahren wurde das maximal inklusive Projekt einer russländischen staatsbürgerlichen Nation vorgeschlagen, im Unterschied zur Idee einer russischen Nation, die auf ethnische Zugehörigkeit beruht (die ihrerseits durch Herkunft oder Kultur bestimmt ist). Zugleich ist es die Unstetigkeit von Bedeutung, welche die Realisierung des politisch korrekten Ersatzes [für den Begriff russisch: russländisch] stört. [...] Sprache, Literatur bleiben trotzdem russisch, was die Unmöglichkeit signalisiert, alle Bedeutungen, die mit den Attributen des nationalen verbunden sind, mit dem oberflächlichen Charakter [*ploskost'*] des Russländischen zu vermitteln. Im Ergebnis kann sich die inklusive Kategorie [russländisch] als ausschließend erweisen, weil sie auf jenes Russländische verweist, das man nicht als russisch bezeichnen darf.“ (Malinova 2007b: 62) Wie so oft ist die Opposition zwischen „politisch korrekter“ Wortwahl einerseits und die Dinge so zu bezeichnen, „wie sie sind“ andererseits, irreführend, setzt sie doch essentialistisch Identitäten als fix voraus. Vielmehr sind solche Debatten Hinweis auf den Kampf um die Besetzung von Begriffen.

„Es gibt einen Zusammenhang zwischen offiziellem Nationalismus und Xenophobie: es ist ein sich selbst verstärkender Prozess. Das zeigte sich zum Beispiel bei den Unruhen in Kondopoga 2006 – zugleich kam es zu einer antigeorgischen Kampagne. Damals wurde dann unterschieden zwischen der alteingesessenen (*korennye*) und der zugewanderten Bevölkerung, wobei unter ersterer natürlich die Russen gemeint waren, die geschützt werden müssten. [...] Im offiziellen Diskurs gibt es kein staatsbürgerliches nationales Bewusstsein. Zwar wird ritualistisch von einem Vielvölkerstaat (*mnogonacional'naja strana*) gesprochen, doch das hat überhaupt keine tatsächliche Bedeutung. Man spricht vom Vielvölkerstaat fürs Ausland und für die Teilrepubliken. [...] Zudem erhalten immer mehr Nationalisten eine gewisse Anerkennung durch den Staat.“ (Interview 8/2/28-48; 8/4/4)

Für Lev Gudkov hat die *Edinaja Rossija* mit ihrem *rusckij proekt* das Recht auf Xenophobie monopolisiert (Malinova 2007b). Der Staat ist zum wichtigsten Faktor in der Verbreitung von Nationalismus geworden:

„The only feature of the party of power is that it has no ideology apart from loyalty to the leader of the state. It monopolises the right to xenophobia in the sense that it has the right to designate those that are to be considered enemies at any given moment: Chechen separatists, international terrorists, the instigators and leaders of ‚anti-Russian‘[...] revolutions of various colours, etc. The ‚winners‘ have no need for various, barely controllable phobias and ethnic aversions. The ‚state‘, i.e. those who today have appropriated the executive and judicial powers and subordinated parliament and the electoral system to their clan interests are the most important factors in the diffusion of Russian nationalism. These people have no other means of legitimation apart from the wounded national dignity of the Russians, traditional militarism, and so on.“ (Gudkov 2009: 182)

Zugleich aber werden im offiziellen Diskurs *offen ethnonationalistische* Forderungen nicht artikuliert insofern sie als eine Gefahr für die Einheit des Landes dargestellt werden (Zevelëv 2008: 288), die übergeordnetes und zentrales Anliegen ist (s.o.).²

Von den drei Säulen der *Počvenniki* (von *počva*, Boden) – Staat (*deržava*), Spiritualität (*duchovnost'*) und Sieg (*pobeda*) – seien die erste und die dritte übernommen worden. Gleichzeitig ist im offiziellen Diskurs auch ein „liberaler Nationalismus“ stark vertreten, eine Tendenz, die sich insbesondere zur Jahrtausendwende entwickelt hat und nicht zuletzt durch Vjačeslav Nikonov repräsen-

2 Wobei hier auch widersprüchliche Positionen bei den Experten zu finden sind und manche ein auf ethnonationalistische Politiken gegründetes Regime fürchten (siehe unten).

tiert wird (Kurenyj 2006: 155ff.). Souveräne Demokratie ist hier ebenfalls der Begriff, der diese Tendenz am besten ausdrückt, indem er Demokratie als ausdrücklich als in einer *nationalen* Tradition stehend präsentiert.

Für Tarusin (2008: 145) ist der liberale Konservatismus „die derzeit am weitesten ausgearbeitete moderne (und zugleich historisch verwurzelte) Ideologie in Russland“. Der liberale Konservatismus ist jene Ideologie, die nach der „Metaideologie“ (s.o.) die stärkste Anhängerschaft unter den befragten Elitenvertretern hat. Er ist besonders unter Abgeordneten (und damit vermutlich den Mitgliedern von *Einiges Russland*) verbreitet. Dabei scheinen die Inhalte des liberalen Konservatismus eher vage und den Anhängern selbst unklar zu sein, wobei die Erklärungen teilweise ähnlich ausfallen wie jene zu souveräner Demokratie. So erläutert ein Abgeordneter: „[Konservativer Liberalismus] ist die Verbindung nationaler Werte mit den Werten von Demokratie und Freiheit. Es ist das Streben nach Neuem im Rahmen von Grundwerten“ (Tarusin 2008: 146). Verschiedene Statements konzipieren den konservativen Liberalismus als jene Ideologie, die in Russland heute aufgebaut wird beziehungsweise verwirklicht ist und als den „richtigen Weg“. Damit ist die Ideologie frei jeder Utopie und selbstgefällig in dem Sinne, dass sie als verwirklichtes oder zumindest als sich bereits verwirklichendes Ziel angesehen wird – was abermals Pragmatismus verrät und auf Metaideologie deutet.

Zugleich existiert eine starke eurasische Strömung, die Russland zwischen West und Ost, als Brückenkultur, verortet: „Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass ein bewusster oder unbewusster ‚eurasischer Geist‘ die russländische Elite verbindet.“ (Tarusin 2008: 231) Dieser Geist steht in einem gewissen Widerspruch zu einem „liberalen Konservatismus“, wenn hier „liberal“ als Marker für „Europa“ angesehen wird. All diese „Labels“ sind aber nur Annäherungen und finden sich in großer, überlappender und überschneidender Vielzahl. Tatsächlich vermischen sich vielerlei verschiedene nationalistische Forderungen im offiziellen Diskurs.

Die Diskussion um *russkij-rossijskij* und die Stellung der ethnischen Russen im Vielvölkerstaat ist hier ein gutes Beispiel. Das Thema wird besonders am Rande des offiziellen Diskurses erörtert. Insbesondere in Cholmogorovs *Russkij nacionalist*. Dessen Erscheinen im *Evropa*-Verlag wird von Experten als Zeichen dafür gewertet, dass der ethnisch-russische Nationalismus hoffähig geworden sei. Normalerweise böten andere Verlage ein besseres Forum für Publikationen dieser Art.³ Für Prozorov (2004, 2005) ist Cholmogorov ein typischer Ver-

3 „Ich dachte zuerst, das Buch sei bei *Algoritm* erschienen.“ (Interview 6/1/37-39) *Algoritm* ist ein Verlag, der allgemein national-konservative Texte veröffentlicht.

treter eines „linken Konservatismus“, der einerseits den „liberalen Konservatismus“ des offiziellen Diskurses herausfordert, andererseits aber grundsätzliche Forderungen (wie jene nach Souveränität) teilt und zusammen mit ihm eine diskursive Einheit formt (Prozorov 2004: 2; 63).⁴

Cholmogorov selbst bezeichnet sich als „konservativen Nationalisten“. Er wendet sich gegen einen „Globalismus [...], der die Desouveränisierung des Landes und die Zerstörung seiner kulturellen, politischen und lebensweltlichen Eigenheit [*samobytnost*‘ Russlands] [verursacht]“ (Cholmogorov 2006: 23). Er vertritt einen russischen Irredentismus, macht Ansprüche auf die Territorien anderer Sowjetrepubliken geltend und fordert damit eine Revision der Belovežer Ordnung.⁵ Diese müsse darin bestehen, „anzuerkennen, dass der gesamte post-sowjetische Raum Territorium des *historischen* Russlands ist“ (Cholmogorov 2006: 317, eig. Hervorh.).

Die *weichere* und im offiziellen Diskurs verbreitetere Form des Irredentismus betont die Verpflichtung und Verantwortung Russlands gegenüber ethnischen Russen in den Nachbarländern, den sogenannten Landsleuten (*sootečestvenniki*) – was natürlich verbunden ist mit einem Anspruch auf Einfluss in diesen Ländern:

„Deshalb muss Russland heutzutage einen Teil der Welt um sich und sein Zukunftsprojekt herum objektiv integrieren, vor allem den post-sowjetischen Raum und die ‚Welt der Landsleute‘.[...] Jeder vernünftige Mensch muss anerkennen, dass Russland die führende Macht im eurasischen Raum ist.“ (Poljakov 2007: 205f.)

Cholmogorov konzentriert sich aber stärker auf die Beziehungen der ethnischen Russen zu Nicht-Russen innerhalb der Grenzen der Russländischen Föderation. Wie zuvor Isaev (2006), verwahrt sich auch Cholmogorov gegen den Begriff „russländisch“ als Adjektiv für „Nation“, weil sich dies nur auf das Russland nach 1991 beziehen würde, während „russisch“ historisch umfassender sei.⁶ Da-

4 „The ‚left-conservative‘ strand of discourse may well be perceived as the marginal, obscene excess of the Presidency, an impossible attempt to render in terms of ideological positivity the phantasmatic dimension of Putin’s sovereignty.“ (Prozorov 2004: 62)

5 Eine Anspielung auf die Belovežer Verträge, mit denen die Präsidenten der russländischen, ukrainischen und weißrussischen SSR die Sowjetunion 1991 auflösten und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gründeten.

6 „Unsere Kritiker hätten nichts gegen Nationalismus, wenn wir die Nation russländisch nennen würden. [...] Doch wir sprechen aus Prinzip von der [...] russischen Nation“,

her auch die Tendenz bei Einiges Russland, *rossijskij* durch *russkij* zu ersetzen.⁷ Aus der Perspektive von ER ist das nur folgerichtig. Dazu passt auch, dass die Partei 2006 „Tage der *russischen* politischen Kultur“ veranstaltet hat.

Damit scheint ER Forderungen aus einem anspruchsvolleren nationalistischen Diskurs zu echoen. In Aleksandr Sevast'janovs Buch mit dem bezeichnenden Titel „Der russische Nationalismus – seine Freunde und Feinde“ – „für intellektuelle Leser“, wie es im Klappentext heißt – versucht der Autor mit Nachdruck, jeglichen staatsbürgerlichen Nationalismus („wie in Frankreich“) als für Russland „unmöglich“ zu entkräften: „In Russland gibt es heute formal 21 national-territoriale Einheiten: Dutzende Präsidenten [und] Dutzende Verfassungen [...] Wo ist [...] hier die ‚russländische Nation‘? [...] Geographisch sind wir alle ‚Russländer‘ [...] National sind wir es [aber] nicht [...]. Jeder kennt seine eigentliche nationale Herkunft.“ (Sevast'janov 2008: 60f.) Man müsse der Wahrheit in die Augen sehen, und endlich erkennen, dass Russland kein multinationales Land sei.

Wie lässt sich also eine solche Forderung aufgreifen und trotzdem verfassungstreu ein multinationales Russland postulieren? Forderungen wie jene von Sevast'janov lassen sich nur dann in die Vision eines multinationalen (multiethnischen) Russlands einfügen – wie es im offiziellen Diskurs (und in der Verfassung) getan wird – wenn ein inklusives Konzept von Russisch-Sein vorgeschlagen wird. „Russisch-Sein“ sei nicht ethnisch zu begreifen, sondern als Verbindung von Sprache, Kultur und Staat. Genauer:

„Das Russische bestimmt sich nicht durch Blut und Boden, sondern durch Sprache und Kultur. Russisch sein ist ein petitorisches Recht. In Russland ist derjenige Russe, der sich als solcher deklariert. In der russischen Kultur gibt es kein einziges Argument, mit dem man eine solche Forderung anfechten kann. Wer auch immer sagt ‚Ich bin Russe‘, dem kann man unmöglich kulturell begründet ‚nein‘ antworten.“ (Isaev 2006: 8)

Abgesehen davon, dass Isaev hier durchaus Möglichkeiten offen lässt, solch ein Bekenntnis zum Russisch-Sein anders als kulturell zu entkräften (zum Beispiel

und weiter: „Was bedeutet es zu sagen, ‚wir sind Russländer‘? Das bedeutet, dass es nichts anderes gibt als das heutige Russland.“ (Cholmogorov 2006: 37ff.) Diese Perspektive wird auch im offiziellen Diskurs stärker.

- 7 Malinova erklärt: „Nowadays, Edinaia Rossiia advocates a mixture of these positions, declaring that it is impossible to reject on ‚cultural grounds‘ a personal claim to be ‚Russian‘. Hence, being Russian is a matter of personal allegiance. However, Isaev [...] also prefers the concept *russkii* over *rossiiskii*.“ (Malinova 2009: 57)

religiös oder „biologisch“), zeigt sich hier ein repressives Verständnis von Zugehörigkeit zu Russland. Es geht offensichtlich um den Versuch einer Assimilation (sofern möglich: um eine wohlwollende)⁸ anderer Ethnien in Russland. Cholmogorov erläutert nochmals ganz explizit, wie er Russisch-Sein versteht:

„Die Nationalisten gehen davon aus, dass Bürger unseres Landes zu sein auch bedeutet Mitglied unserer Nation zu sein, der russischen [*russskoj*] Nation. [...] Einem normalen Nationalisten ist Xenophobie als solche fremd.“ (Cholmogorov 2006: 43ff.)

Auch wenn man sich um Russland und den russischen Staat „verdient“ macht, kann man aus dieser Perspektive als „Russe“ gelten.⁹ Im Anschluss an diese „Öffnungen“ aber wettet er gegen die Einwanderung von Menschen, die kein Russisch können und straffällig werden – gegen solche, die nicht nach „russischen Bedingungen“ leben.

Schließlich wendet sich Cholmogorov gegen den Kapitalismus und damit insgesamt gegen den westlichen Einfluss auf Russland:

„Zum zweiten Mal in einem halben Jahrhundert saugt die Chimäre des Kapitalismus westlichen Typs Russland auf, und macht aus ihr einen *emerging market* und damit eine unmoralische Abartigkeit voller Werterelativismus und nationaler Selbstverneinung.“ (Cholmogorov 2006: 181)

Aus der Ablehnung des Kapitalismus leitet er eine umfassende Ablehnung des Westens ab – als moralisch verkommen und Russlands Identität widersprechend.

8 Dabei meint Cholmogorov, diese könne freiwillig und ohne Zwang geschehen: „Die russische Staatlichkeit hat niemals von den Völkern einen Übergang in den Bestand Russlands, einen unbedingten Einschluss in das russische Volk verlangt, eine Assimilation, und dennoch hat solch eine gutmütige Assimilation in vielen Fällen stattgefunden.“ (Cholmogorov 2006: 277)

9 „Man kann sagen, dass Fürst Bagration oder der Künstler Ivan Ajvazovskij Russen sind, aber man kann das weder über die Georgier noch über die Armenier [im Allgemeinen] sagen. In diesem Sinne sind die Grenzen des russischen Volkes als Ethnos und als Nation sehr beweglich.“ (Cholmogorov 2006: 266)

10.3 RUSSLANDS AUSSENBEZIEHUNGEN: RUSSLAND UND DER WESTEN

Die Beziehung Russlands zu Europa und zum Westen insgesamt ist natürlich ein Anathema sowohl westlicher als auch russischer Literatur. Aber selbst im 21. Jahrhundert scheint der offizielle russische Diskurs keine Ruhe zu finden in Bezug auf die Einordnung des Landes inner- oder außerhalb Europas.

Einerseits wird Russland als Teil Europas gedacht, als ein Teil, der sich natürlich und organisch einfügt. Andererseits sei Russland aber auch etwas Eigenständiges und Besonderes, das sich von Europa unterscheidet. Erschwerend kommt hinzu, so wird häufig argumentiert, dass Russland durch Europa selbst die Anerkennung als europäisch verwehrt wird. Europa ist nah und fern zugleich. Man brauche Europa nicht, weil man stark genug und autonom sei – Stichwörter: Souveränität und Großmachtstatus. Man benötigt Europa aber, um das Land weiter zu modernisieren, und man gehört kulturell dazu, mögen die Europäer selbst dies akzeptieren oder nicht.

Wenn es aber um die Betonung der politischen und ökonomischen Selbstbestimmung, ja die Souveränität Russlands geht, dann verweist man nicht auf Europa, sondern auf den Westen insgesamt, zu dem man sich auf Augenhöhe sehen will. Hier überwiegt das Element der Differenz und es werden Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit eingefordert.

10.3.1 Russland im Konflikt mit dem Westen: Forderung nach Distinktion

Die Artikulation des Konfliktes mit dem Westen drückt sich auf verschiedenen Ebenen und Gebieten aus. Auffallend ist, dass die offiziöse Literatur vor allem gegen die USA Front macht. Dabei scheinen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vor allem geopolitisch gedacht zu werden und damit eine klare Opposition zu implizieren: Sie sind von Konkurrenz und Konflikten geprägt. Zu „Europa“ dagegen werden die Beziehungen vor allem in wirtschaftlichen und kulturellen Termini begriffen, was eine starke Ambivalenz bedeutet: kulturell aus bereits oben genannten Gründen, ökonomisch weil Momente des Wettbewerbs neben Momenten der gegenseitigen Abhängigkeit stehen.

Die Konjunkturen in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind abhängig von internationalen und nationalen politischen Ereignissen. Dazu zählt zum Beispiel auch der Tschetschenien-Konflikt, wie eine Menschenrechtsaktivistin erläutert:

„Man ist gegen die USA und gegen England; weniger gegen Europa als solches. Innere Feinde spielten eine Rolle. So konnten die Tschetschenen beziehungsweise die Terroristen als ‚Andere‘ konstruiert werden. Doch wie lange kann man so einen inneren Feind bekämpfen? [Irgendwann] musste das Regime einen Sieg im Kampf gegen den Terrorismus vorweisen. Und nun braucht man die USA wieder als Feind.“ (Interview 16/4/1-5)

Das bedeutet, dass der Konflikt im Kaukasus und die folgenden lang andauernden kriegsähnlichen Zustände der russischen nationalen Identität einen Feind geliefert haben. Wesentlich auch, dass Tschetschenien einen Feind im Inneren dargestellt hat, der sich nicht externalisieren lässt: Tschetschenien soll zu Russland dazugehören, torpediert aber zugleich mit einem physischen Widerstand den vollständigen Abschluss der russischen Identität. Mit der Behauptung aber, dass der Konflikt beigelegt und der identifikatorische Riss genähert sei, dass Tschetschenien wieder vollständig in Russland eingegliedert sei sowie durch das Verbreiten von Bildern eines wiederaufgebauten Groznys konnte diese Feindkonstruktion nicht weiter aufrecht erhalten werden. Sie wurde durch die (Wieder-) Entdeckung eines *äußeren* Feindes ersetzt.

In vielerlei Hinsicht sei sich die politische Elite im Klaren, dass der im offiziellen Diskurs gepflegte Anti-Amerikanismus unbegründet sei:

Sofern es in Russland einen außenpolitischen ‚Idealismus‘ gibt (im amerikanischen Sinne), dann drückt er sich vor allem in einem imperialen Verständnis aus (insbesondere der *siloviki* [...] aber *deržavnost'* wird auch [...] unter gewissen Intellektuellen kultiviert). Der Antiamerikanismus wird nach außen hin gepflegt. Dabei wissen die Regierung und die Eliten ganz genau, dass von den USA keine Gefahr ausgeht. Aber er ist populär und in Ermangelung anderer Gefahren ist es immer gut, so eine äußere Gefahr zu haben. (Interview 18/3/14-23)

Ein russischer Soziologe teilt die Einschätzung:

„Die politischen Eliten wissen, dass keine Gefahr von den USA ausgeht. Daher ist dieser Typ von Propaganda auch ausnahmslos nach innen und nicht nach außen gerichtet.“ (Interview 11/2/50-51)

In Umfragen werden die Beziehungen im Zeitverlauf zumeist mehrheitlich als „normal“ oder „lauwarm“ bezeichnet. Drei militärische Konflikte führten zu Tiefpunkten in den Umfragen: Kosovo 1999, Irak 2003 und Süd-Ossetien 2008 (s.u.).¹⁰ Ein verbreiteter Vorwurf (76 Prozent) ist, dass die USA heuchlerisch

10 Die USA erfreuten sich der meisten Sympathie in den Umfragen, die direkt nach den Anschlägen des 11. September 2001 durchgeführt wurden.

versuchen, andere Länder dazu zu bringen, internationales Recht zu beachten, sich selbst aber nicht daran halten (Levada 2009: 146f.).

Im offiziellen Diskurs ist der Vorwurf der „Einmischung“ ebenfalls prominent. Die USA hätten sich in der Vergangenheit, besonders in den 1990er Jahren, zu sehr in russische Belange eingemischt¹¹ und direkt oder indirekt (zum Beispiel durch internationale Organisationen wie IWF oder Weltbank)¹² die Geschichte des Landes mitbestimmt:

„So war es [in den 1990er Jahren] offensichtlich, dass das [russische] politische Regime nur in dem Maße stabil war, in dem dies [...] vor allem den USA passte [...]: Allgemein wurde ein Kurs der Integration in die ‚Weltgemeinschaft‘ zu deren Bedingungen verfolgt.“ (Poljakov 2007: 30)

Russland sei Opfer einer nicht-militärischen Aggression: „Gegen Russland wurde das gesamte Instrumentarium der machiavellistischen Politik der Renaissance genutzt: Verschwörungen, Bestechung, ökonomische und technologische Blockaden, schwarze PR“ (Cholmogorov 2006: 181).

Und genau dies habe sich nun unter der Führung von Vladimir Putin geändert. Stabilität sei nun unabhängig vom Einfluss der USA, die nun kein Gewicht mehr im Kreml hätten. Das Instrumentarium der machiavellistischen Politik greife nicht mehr.

Die Vereinigten Staaten werden dargestellt als ein Land, das „doppelte Standards“ anwendet und Demokratie und Menschenrechte zum Vorwand nimmt, um in anderen Staaten seine Interessen wahrzunehmen:

11 Ivanov konstatiert pauschal: „In unsere Angelegenheiten hat man sich [immer] eingemischt und wird es weiterhin tun.“ (Ivanov 2006: 85) Auch deswegen sei eine Annäherung an den Westen unmöglich.

12 Explizit klagt Nikonov: „IWF und Weltbank haben [in den 1990er Jahren] dem Kreml nur dann Beihilfen geben, wenn er deren Empfehlungen völlig nachkam. Wohin das geführt hat, daran braucht man nicht zu erinnern.“ (Poljakov 2007: 319) Und an anderer Stelle gibt Nikonov explizit dem Westen die Schuld für den wirtschaftlichen Niedergang der 1990er Jahre: „[...] allen ist das vergangene Jahrzehnt in Erinnerung, als wir die Hälfte unseres Wirtschaftspotentials verloren haben, streng dem Rat der Lehrer aus den internationalen Finanzinstitutionen folgend.“ (Nikonov 2007b: 23)

„Washington bestimmt selbst, wer auf der Welt demokratisch ist und wer nicht, wo Menschenrechte beachtet und wo sie verletzt werden. Eine Supermacht strebt immer danach, die Souveränität anderer Länder einzuschränken und sich unter dem passenden Vorwand, der Demokratie zur Ausbreitung zu verhelfen, in deren innere Angelegenheiten einzumischen.“ (Poljakov 2007: 97)

Noch deutlicher wird Sergej Batčikov:

„Nach dem deutlichen Anstieg der geopolitischen Spannungen, die wir in den letzten 15 Jahren beobachten konnten, nach der Bombardierung Jugoslawiens und dem Krieg im Irak, nach dem Aufkommen des [internationalen] Terrorismus sowie anderer eigenartiger Kriege, scheint es undenkbar, zu den utopischen Vorstellungen des ‚Gorbačëvismus‘ zurückzukehren, oder zu der Vorstellung, dass niemand Russland bedroht.“ (Poljakov 2007: 603)

Hier bezieht er sich implizit insbesondere auf den NATO-Einsatz im Kosovo und in Serbien, der in Russland auf starke Ablehnung gestoßen,¹³ aber auch auf den Irakkrieg 2003, der ähnlich interpretiert worden ist: Die USA, und in deren Schlepptau andere westliche Staaten, brechen internationales Recht, übergehen Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates beziehungsweise agieren ohne dessen Zustimmung. Dabei beriefen sie sich auf Menschenrechte, um dann „humanitäre Interventionen“ durchzuführen mit dem Ziel, die Souveränität anderer Länder „aufzuweichen“ (Poljakov 2007: 530). Letztlich ließen sich auch internationale Organisationen für diese Zwecke missbrauchen, wie der Einfluss der UNO und des Internationalen Strafgerichtshofs in Serbien zeigten (Poljakov 2007: 542). Die Vorgeschichte und der Kontext dieser militärischen Einsätze bleiben dabei weitgehend unbeachtet.

Interessanterweise geht aus dem Material hervor, dass auch die Orangene Revolution 2004 in der Ukraine in diesem Licht bewertet wird. Sie könnte im Vergleich zu den Interventionen im Kosovo und im Irak sogar den schwereren Bruch darstellen. Davon zeugen verschiedene Stellungnahmen über die USA aus der Zeit vor den Ereignissen auf dem Majdan, die konzilient sind und von der gegenseitigen Abhängigkeit der beiden Länder sprechen, nicht zuletzt im Be-

13 Besonders auch weil der Einsatz nicht durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats legitimiert war: Russland (und China) hatten im Vorfeld Widerstand angekündigt. Eine russische Gegenresolution, eingebracht zusammen mit Belarus und Indien, fand keine Mehrheit (<http://www.un.org/News/Press/docs/1999/19990326.sc6659.html> [15/01/2011]).

reich der Terrorismus-Bekämpfung¹⁴ aber auch infolge des Irak-Krieges.¹⁵ 2002 attestiert Nikonov sogar noch, dass die Beziehungen zu Europa die besten seit hundert Jahren und jene zu den USA die besten in der gesamten Geschichte seien (Nikonov 2002d).¹⁶

Aber die Orangene Revolution ändert diesen vielleicht skeptischen aber zunehmend wieder positiven Grundton. Danach werden wieder mehr die Versuche der Einflussnahme nicht nur durch militärische Intervention, sondern – und das besonders in Russland – durch Finanzierung oppositioneller Kräfte wahrgenommen:

„Ausländische [...] Strukturen pumpen seit den 1980er Jahren Geld in die russländische Politik. [...] Es wäre seltsam, wenn sie unser Chaos nicht ausnützen würden. [...] Bekannt ist auch, dass mit westlichem Geld die ‚farbigen Revolutionen‘ bezahlt wurden.“ (Poljakov 2007: 70)

Und in der staatlichen *Rossijskaja Gazeta* bringt Nikonov den tiefen Einschnitt in den Beziehungen zum Westen zum Ausdruck, welche die Revolution in Kiew bedeutet:

„Das, was in diesem Land [der Ukraine] vorgegangen ist [...], versteht Moskau nicht nur als verfassungswidrigen Umsturz, sondern als breit angelegte Operation eines revolutionären Regimewechsels in Ländern der GUS, die mit Russland verbündet sind. Es zeichnet sich die ernsthafteste Krise in den Beziehungen Russlands zum Westen der letzten Jahre ab.“ (Nikonov 2004b)

14 Schließlich sei Russland bei den Terroristen fast genauso verhasst wie die USA (Nikonov 2003d).

15 „Die Beziehungen zu Washington sind sehr wichtig. Sie waren wegen des Irak-Krieges belastet, doch nun gilt folgende Devise in den USA: Frankreich bestrafen, Deutschland ignorieren, Russland vergeben. Paradoxerweise haben die Folgen des Irak-Krieges die Grundlage für eine Annäherung zwischen den USA und Russland gelegt, da sie die neoliberalen Unilateralisten geschwächt haben. Die USA brauchen Russlands Hilfe auch, um eine UNO-Resolutionen zu Irak zu verabschieden.“ (Nikonov 2003d) Zwar sei eine „enge und bindende Allianz“ nicht möglich, aber Russland und die USA könnten „Partner im 21. Jahrhundert sein“ (Nikonov 2003a).

16 Ein pro-westlicher Kurs sei gar alternativlos („Isolation vom Westen eröffnet keinerlei Perspektiven“) und Antiamerikanismus könne Russland nur „ins Grab führen“ (Nikonov 2002a).

Sowohl „Ultraliberale und Ultrakonservative“ (Poljakov 2007: 31) als auch „falsche Liberale und echte Nazis“ (Surkov 2008: 182) würden aus dem (westlichen) Ausland finanziert und gesponsert. Genau dies sei das Muster, nach dem die Revolutionen im post-sowjetischen Raum abgelaufen seien, und ähnliche Szenarien könnten sich auch jederzeit in Russland wiederholen. Denn einig sind sich alle Autoren darin, dass Teile des Westens, das heißt insbesondere die Vereinigten Staaten, Russland schwächen oder zumindest eindämmen (Surkov 2008: 121; Nikonov 2007d) wenn nicht gar zerstören wollen und bestrebt sind, es in eine „Vielzahl handlungsunfähiger Quasistaaten“ aufzuteilen (Surkov 2008: 175; Poljakov 319). Zumindest aber würden die USA versuchen, weltweit „Demokratie zu erzwingen“ (Poljakov 2007: 199). Gleichzeitig würden sie Russland mit seinen Konflikten (gerade in der GUS) allein lassen (Nikonov 2007e). Letztlich werden all jene Vorwürfe, die üblicherweise seitens Teilen des Westens gegen Russland ausgesprochen werden, umgekehrt: Der Westen würde Russland eines „wiedererwachenden Imperialismus“ beschuldigen (Nikonov 2006d), verfolge aber selbst solche Ziele; Russland sei ein kriegslüsterner Staat und eine „dunkle Macht gegen Fortschritt und Freiheit“ (Poljakov 2007: 196), tatsächlich aber würden die USA sich so sehr in die Belange anderer Staaten einmischen, dass vielmehr sie einen Quell von Konflikten auf täten. Auch Nationalismus, Chauvinismus und Imperialismus seien nicht im Kreml, sondern im Wissen Haus zu suchen:

„Auf ideologischer Ebene hängt die antirussische Politik der USA mit dem Charakter des amerikanischen Nationalismus zusammen. Unter den Administrationen von Bush und Clinton ist die amerikanische Politik faktisch imperial geworden. [...] Das ist ein doppelter Nationalismus: [...] Chauvinismus [...] [und] ethnischer Nationalismus.“ (Poljakov 2007: 324)

Die Gründe für den Kontrast mit den USA scheinen also ideologisch-politisch und reichen bis zum Vorwurf, weiterhin in Kategorien des Kalten Krieges zu denken und zu handeln (Poljakov 2007: 203, 323). Letztlich seien diese ideologischen Gründe (Demokratie, Menschenrechte) in den internationalen Beziehungen aber nur vorgeschoben. In verschiedenen Texten werden „harte“ machtpolitische Gründe genannt für das Interesse des Westens und der USA insbesondere, ihren Einfluss auszuweiten. Manche Autoren fürchten konkret, der Westen und die Vereinigten Staaten könnten es auf die natürlichen Ressourcen Russlands abgesehen haben (Poljakov 2007: 453, 461, 512). Die russischen Erdöl- und Gasvorkommen, aber auch jene im postsowjetischen Raum, seien der Grund für die Kooperation mit Georgien und der Ukraine. Das führt gar zum Vorwurf von

Natalija Naročnickaja, der Westen würde mit dem tschetschenischen Terrorismus sympathisieren:

„So ist es verständlich, was am Schwarzen Meer vor sich geht und warum sie die tschetschenischen Terroristen mögen, und verständlich sind die Ziele im Kampf um Ukraine und Georgien.“ (Poljakov 2007: 461)

Hier werden Ängste projiziert, die ihren Ursprung in der Intervention im Irak finden („Erdöl als eigentlicher Kriegsgrund“) beziehungsweise im allgemeinen Interesse der Vereinigten Staaten, Energiesicherheit zu erzielen. Zugleich wird das Bedrohungsszenario aufgebaut, die USA könnten auf das einzige abzielen, was Russland weltpolitisches Gewicht gibt (Energieressourcen).

Daneben wird noch eine weitere Befürchtung vorgetragen: Den USA ginge es nicht nur um eine physische Herrschaft über andere Länder, sondern auch darum, Russland insbesondere und die Welt allgemein, wie es Naročnickaja formuliert, „ideologisch zu programmieren“, was Voraussetzung sei für eine globale Herrschaft (Poljakov 2007: 455). Auch Dmitrij Zelenin sieht Russland und die Welt kulturell bedroht:

„Die USA streben danach, auf die ganze Menschheit [ihren] intellektuellen Stil [...] zu übertragen – in Wissenschaft und Design, [...], in Slang, Kleidung sowie im Wertesystem.“ (Poljakov 2007: 419)

Was befürchtet wird, ist nichts anderes als eine „Amerikanisierung“ Russlands. Was dies konkret bedeutet, bleibt aber – jenseits beispielsweise homophober Ressentiments – unklar.¹⁷

Dadurch ergibt sich ein mindestens dreischichtiges Konfliktschema. Erstens versuchten die USA aus rein „politischen“ Gründen den Handlungsspielraum anderer Länder einzuschränken, das heißt ihre „*Souveränität*“ zu *beschneiden*. Dazu würden Demokratie und Menschenrechte als Legitimationsgründe ins Feld geführt. Um diese durchzusetzen, werde militärisch interveniert, wo dies möglich ist (Irak, Afghanistan), oder aber die Opposition in den Zielländern finanziell und ideologisch unterstützt – bis hin zu einem „revolutionären Szenario“,

17 Der ehemalige Bürgermeister von Moskau, Jurij Lužkov, beklagte – Bezug nehmend auf die Kontroversen um das Abhalten von Straßenumzügen Homosexueller in Moskau – dass Russland durch das Abhalten von „Gay-Paraden“ nicht auf den Weg von Fortschritt und Demokratie gebracht werde (Poljakov 2007: 195).

wie es sich in Serbien oder in der Ukraine abgespielt habe beziehungsweise auch für Russland befürchtet wurde.

Zweitens werden als *tatsächliche* Gründe für die offene oder verdeckte Einmischung des Westens dessen Interesse an den *natürlichen Ressourcen* Russlands angegeben. In diesem Zusammenhang werden nicht nur die USA, sondern auch Europa beschuldigt, das besonders abhängig sei von russischen Ressourcen. Die Kontroverse um das Förderprojekt *Sachalin-2* zeigt, dass solchen Befürchtungen auch in der politischen Praxis Rechnung getragen werden: 2006 zwang die russische Regierung *Royal Dutch Shell*, ihre Mehrheitsbeteiligung am Projekt an Gazprom zu verkaufen, das damit Kontrolle über die Öl- und Gasreserven erhielt. Der Intervention waren Monate der Gängelung durch die russischen Umweltbehörden vorangegangen, die nicht nur Shell, sondern auch *ExxonMobil*, *BP* und *Total* bedrohten.¹⁸

Drittens und schließlich wird eine *kulturelle Unterwanderung* Russlands durch den Westen befürchtet. Eine Befürchtung, die vor allem in sehr nationalistischen Kreisen stark ist und deutlich weniger in offiziellen Publikationen. Im Online-Archiv der *Rossijskaja Gazeta* finden sich nur zwei Artikel, die explizit Amerikanisierung diskutieren. Auch Verwestlichung im Allgemeinen ist kein zentrales Motiv im offiziellen Diskurs, sondern mehr eine Randerscheinung, die bestenfalls marginale Forderungen repräsentiert.¹⁹

In vielerlei Hinsicht bleiben der Westen und Europa konnotiert als Referenzobjekt in einem positiven Sinn: Nicht Konfrontation herrsche vor, sondern „vielmehr ein Wunsch nach Anerkennung durch den Westen, durch internationale Institutionen, die sich auch in Investitionen niederschlagen“ (Interview 11/3/3-4). Dazu Genauerer in den nächsten Abschnitten.

18 <http://www.nytimes.com/2006/12/11/business/worldbusiness/11iht-shell.3864505.html> [13/12/2010]. Russland musste Shell aber später (2009) wieder in das Konsortium einladen: <http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/5676869/Russia-invites-Shell-back-to-Sakhalin-as-finances-plummet.html> [13/12/2010].

19 Das hängt letztlich auch mit den insgesamt positiven Assoziationen mit westlichen Staaten zusammen, insbesondere mit denjenigen, die Wohlstand und Einfluss erreicht haben. Eine Verwestlichung wäre somit zumindest im ökonomischen Sinn etwas durchaus Willkommenes.

10.3.2 Russland als Zentrum mit globaler Projektionsmacht: Für eine führende Rolle vorherbestimmt

Eine immer wieder artikulierte Forderung ist die nach einer vollständigen Gleichberechtigung mit dem Westen in jederlei Hinsicht. Gefragt nach der Rolle Russlands in der Welt, war die Forderung nach einem Russland als eine der „führenden Nationen in einer multipolaren Welt“ die häufigste Antwort der russischen Eliten (47,1 Prozent), was Multipolarität zum „Leitmotiv der Mehrheit der Experten“ mache (Tarusin 2008: 231ff.). So erklärt ein Moskauer Vertreter der Legislative:

„Aufgrund unserer Geschichte und unserer Bestimmung sind wir einfach dazu bestimmt, eine führende Rolle [...] in einer multipolaren Welt zu übernehmen. Ich bin kategorisch dagegen, dass anstelle Amerikas Russland der einzige Pol wird, und alle anderen sich unterordnen müssen. Die Zeiten haben sich geändert. Heute kann man keinesfalls einen Anspruch auf ein Machtmonopol oder auf Leadership erheben.“ (zit. nach Tarusin 2008: 233)

Das vermittelte Bild ist das eines Russlands, das den USA zeigen müsse, dass Monopolarität oder Vorstellungen einer globalen Herrschaft überkommen sind. Russland sei sich – im Gegensatz zu den USA – der neuen Zeiten bewusst. Auch die zweit- und drittplatzierten Antworten deuten in dieselbe Richtung: Russland solle eine blühende Gesellschaft werden, die als Beispiel dienen könne für andere Völker (26 Prozent). Dies kann auch eine introvertierte Vorstellung von Russlands Rolle in der Welt implizieren: Russland solle sich zunächst um sich selbst kümmern, die außenpolitische Wirkung käme dann von selbst. Schließlich (18,6 Prozent) solle Russland eine Macht werden, die Frieden stiftet und garantieren könne (Tarusin 2008: 231). Das Bild, das sich hier ergibt, ist das einer sich durch und durch national selbstbewusst gebenden, aber einer betont defensiven, nicht-imperialen Außenpolitik fordernden Elite.

Ein ähnliches, aber teils offensiveres Bild ergibt sich aus dem untersuchten Material. Drei miteinander verwobene Teilforderung zeigen sich besonders deutlich: Erstens jene nach einem Russland als gleichberechtigtem Land im Kanon großer Länder, aber auch besonders gegenüber Europa und den USA; zweitens jene nach Russland als „Leader“ oder Machtzentrum mit bestimmten geographischen Interessenssphären und Einflusszonen; drittens die Forderung nach einer „Mission“ für Russland.

An mehreren Stellen ist wieder davon die Rede, dass Russland dazu geweiht sei (*obrečĕnaja*), eine führende Rolle einzunehmen (Tarusin 2008: 233; Nikonov 2006b, 2007b: 24). Dieses scheinbar unausweichliche Schicksal, das Russland

nahezu widerwillig anzunehmen scheint, hat dabei zwei Ursprünge. Zum einen ist die Forderung Spiegel eines aktiven Wunsches nach Gleichberechtigung in einer multipolaren Welt. Man wolle auf einer Augenhöhe verhandeln und sein mit anderen Ländern – wiederholt genannt werden die USA, die Europäische Union, China, Indien und Großbritannien (Nikonov 2007b; Poljakov 2007: 29; 319). Gleichzeitig ist die Forderung auch Spiegel einer Alternativlosigkeit, denn in Europa gäbe es politisch keinen Platz für Russland (z.B. Poljakov 2007: 319; Nikonov 2006b).

Aufgrund dieser Alternativlosigkeit im Osten, aber vor allem im Westen bliebe für Russland nur die Option, selbständiges, souveränes Machtzentrum zu sein. Nach wie vor herrsche im offiziellen Diskurs eine Vorstellung Russlands als eine „belagerte Festung“ (Interview 7/4/21).

Wenn keine Integration möglich ist, so soll doch zumindest eine Gleichberechtigung mit den anderen – explizit: demokratischen – Staaten bestehen:

„Nachdem die innere Krise endgültig überwunden wurde, strebt unser Land danach, wieder auf seine Position in der internationalen Arena zurückzukehren und ein gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft demokratischer Staaten zu werden.“ (Poljakov 2007: 291)

Russland habe sich die Gleichberechtigung quasi verdient. Abermals tritt „Demokratie“ als ein Schlüssel auf, um Zugang zu einem privilegierten Kreis zu bekommen. Sie ist aber nicht notwendigerweise eine „Eintrittskarte“ nach außen, sondern auch eine Legitimation nach innen.²⁰ Der offizielle Diskurs versucht Legitimation für den Status quo zu schaffen, indem er suggeriert, dass der Forderung nach Dazugehörigkeit, Demokratie und Moderne nachgekommen wird.

Die Forderung nach „Leadership“ ist natürlich mit jener nach Gleichberechtigung verknüpft, gerade wenn sie bezogen ist auf die Vereinigten Staaten als Referenzobjekt. Dazu zählt auch eine aberwitzige Argumentation über Staaten mit vollständiger und teilweiser Souveränität (Orlov 2006b; Poljakov 2007: 434), wobei die Vereinigten Staaten neidisch als Land mit „souveräner Demokratie in Reinform“ betrachtet werden (Frolov 2006; Poljakov 2007: 311) und Russland ebenfalls vollständige Souveränität zugestanden wird (Orlov). In bestimmten Texten ist Souveränität dann einfach abhängig vom Besitz oder Nicht-Besitz nuklearer Waffen. Was manchmal unter dem Begriff „nuklearer Nationa-

20 Wobei ersteres auch letzteres mit bedingt: Eine Anerkennung Russlands durch die „fortgeschrittenen Staaten“ als gleichberechtigt stärkt auch die Legitimität im Inneren.

lismus“ [...] läuft, drückt sich darin aus, dass Atomwaffen das einzige Mittel seien, um Souveränität zu wahren:

„[...] im Laufe der ‚humanitären Bombardierung‘ Serbiens [1999] wurde uns bewusst, dass man nicht deswegen davon absieht, auch uns zu bombardieren, weil wir etwa so nett sind, oder weil die wunderbare neue Welt eine Welt der wechselseitig zuträglichen Zusammenarbeit ist, sondern nur deswegen, weil Russland als Garantie für seine Souveränität nuklear bestückte Raketen hat, während Serbien so eine Garantie nicht besaß.“ (Garađa 2006: 171f.)

Aber anderen Atommächten wird nur eingeschränkte Souveränität zugesprochen: Pakistan oder Israel stünden letztlich trotz eigener Atombomben unter dem Diktat Washingtons. Die nukleare Bewaffnung und deren Erhalt ist nur eine Teilforderung in Bezug auf die gewünschte führende Rolle Russlands.

Die Forderungen, die unter *Führung* verstanden werden, sind vielseitiger: Russland solle nicht mehr nur Empfänger von ausländischen Investitionen sein und ausländisches Wissen anwenden, sondern selbst Geldgeber und „eines der Zentren intellektueller Aktivität“ werden (Surkov 2008: 13). Russland müsse mehr *soft power* ausüben können und solle dazu z.B. Goldreserven einsetzen (Nikonov 2005d).

Es bedeutet auch, sich nicht nur um die mächtigen westlichen Staaten, die „fetten Katern“ (*žirnye koty*, engl.: *fat cats*), zu bemühen, sondern auch, sich für weniger entwickelte Länder einzusetzen (Nikonov 2006e). Im Übrigen nimmt nach dem G-8-Gipfel²¹ in St. Petersburg 2006 Nikonov zufrieden zur Kenntnis, dass sich Russland als „vollwertiges Mitglied des Klubs der ernst zu nehmenden Großmächte“ präsentiert habe.²²

21 Die G-8 hat weitestgehende Bedeutung für Russland als Symbol für Integration mit dem Westen. Das Land ist seit 1997 Mitglied auf Einladung der USA und Großbritanniens.

22 Die Metapher des „Klubs“ wird wiederholt verwendet und umfasst mal die Großmächte, mal die „fortgeschrittenen“ oder „zivilisierten“ Länder – letztlich bedeutet das aber: Zugehörigkeit zum Westen, und genauer: zum politischen Europa: „Wir wurden Mitglied des Klubs der fortgeschrittenen und zivilisierten Länder, was durch die Errungenschaft der formalen Mitgliedschaft Russlands in den G-8 unterstrichen wird.“ (Nikonov 2003e) Formale Zugehörigkeit zu internationalen (westlich-dominierten) Organisationen bedeutet aber noch nicht notwendigerweise, „im Klub“ zu sein: „Selbst die UdSSR war zwar eine Supermacht aber nicht ‚im Klub‘ [...] im Sicherheitsrat gab es keine einzige Abstimmung, in der die Sowjetunion

Schließlich werden Forderungen artikuliert, die eine Mission für Russland beschreiben. Zum einen ist das eine Mission, die einem sich als „zivilisiert“ interpretierenden Staat zustehe: Zum Beispiel wird Russland eine „zivilisatorische Mission im eurasischen Raum“ zugestanden (Čadaev 2007: 61). Zum anderen bezieht sich „Mission“ auf eine diffusere Bestimmung, die aber zumindest dieselbe Tragweite haben soll wie das Dritte Rom oder die Dritte Internationale (Surkov 2008: 13) – Themen, die schon bei Putin (2008f) beziehungsweise Surkov (2007b) angeklungen waren und die nicht nur Kontinuität mit der russisch-orthodoxen und sowjetischen Geschichte signalisieren, sondern auch eine außenpolitische Ansage an Nachbarländer und an die Welt sind: Russland versteht sich als Akteur mit hohem regionalen und globalen Einfluss. Die Mission, „Europa vor einer erzwungenen Vereinigung und ihrem eigenen Irrsinn zu retten“ (Lavrov 2010) habe Russland im Zweiten Weltkrieg durch das Niederringen des Nationalsozialismus erfüllt.²³ Die Diskussion um „Einflusssphären“ – verpackt in der Diskussion um einen antirussischen, durch die USA gestützten Nationalismus osteuropäischer Staaten und ehemaliger Sowjetrepubliken – entfachte sich nochmals neu mit dem bewaffneten Konflikt um Süd-Ossetien 2008 (Margiev et al. 2008): Georgien sei politisch und militärisch durch die USA unterstützt wor-

die Unterstützung der anderen Mächte gegen die USA erhalten hätte – von ‚Vereinten Nationen‘ kann nicht die Rede sein“ (Interview 5/1/41-44). Auch Egor Gajdar beklagte Russlands Ausschluss: „For years, I was keen to make Russia a candidate for Europe [...] Europeans have never considered this a serious political option [...] But it means admitting that we are neither potential members of the club nor potential members of the family. Instead, we are neighbours.“ (Gajdar 2005: 218)

- 23 Hier taucht abermals die Forderung nach Gleichberechtigung auf. Der Zweite Weltkrieg und die Rolle, die die UdSSR spielte, sind auch deshalb wichtig, weil die Sowjetunion als gleichberechtigter Partner in der antifaschistischen Koalition mit westlichen Mächten gesehen wird. Russland war quasi auf der „richtigen“ Seite. Ein ähnlicher Status soll wieder angestrebt werden: „In der antifaschistischen Koalition war die UdSSR insgesamt mit den USA gleichberechtigt, und wahrscheinlich dominierte sie sogar, wenn auch nicht in jedem Bereich. Heute sehen wir wieder, wie sich unter den Flügeln Russlands andere Länder und Völker sammeln.“ (Surkov 2008: 93) Russland könnte also wieder Europa vor einer „erzwungenen Vereinigung“, zum Beispiel unter der Ägide der EU, retten. Damit stellt sich Russland allerdings wieder außerhalb Europas, zumindest politisch.

den.²⁴ Insgesamt beschränkt sich die Suche nach einer Mission auf eine außenpolitische Botschaft an die Nachbarländer:

„Es gibt keine Mission in dieser Ideologie [der souveränen Demokratie] wie zu sowjetischen Zeiten. Es gibt höchstens eine regionale Botschaft, die von Moskau ausgeht, obwohl Russland kein regionales Integrationsmodell bietet. Was hat Russland der Region zu bieten [...] außer einem mehrdimensionalen Protektionismus?“ (Interview 7/4/14-17)

10.3.3 Russland als Teil des Westens: Russland als Teil Europas

Während im Bezug auf den Westen insgesamt eine Mitgliedschaft im „Klub der zivilisierten Länder“ im Vordergrund steht, ist die geforderte Zugehörigkeit zu Europa komplexer. Während der Amtszeit El'cins wurde auch eine *politische* Zugehörigkeit angestrebt. Besonders Egor Gajdar sei immer bemüht gewesen, aus Russland einen Kandidaten für Europa zu machen, was aber aus europäischer Sicht keine Option gewesen sei (Gajdar 2005: 218).

Im offiziellen Diskurs nach 2000 kann von so einem Streben nach politischer Integration nicht mehr die Rede sein. Das Thema einer politischen Integration mit Europa erscheint nur in negativer Form, als Unmöglichkeit, die durch die ablehnende Haltung Europas bestimmt sei: „Für sie [die EU] sind wir ziemlich groß und ziemlich russisch“ (Poljakov 2007: 319). Und:

„Man kann danach streben [sich in europäische Strukturen zu integrieren], aber in Brüssel wartet niemand auf uns, absolut niemand. Daher, selbst wenn wir uns irgendwo integrieren wollten, es wird uns nicht gelingen.“ (Nikonov 2006b);

Und an anderer Stelle schreibt derselbe Autor:

24 Ausweise von US-amerikanischen Soldaten oder Militärberatern seien auf dem Schlachtfeld gefunden worden und wurden teils reißerisch in Szene gesetzt; die Entsendung eines US-Kriegsschiffs als Einmischung gewertet; die Medien spekulierten über westliche Militärtechnik in den Reihen der georgischen Truppen. Schließlich wurde die Unabhängigkeit des Kosovos mit jener Süd-Ossetiens und Abchasiens verglichen: Wenn erstere völkerrechtlich legitim gewesen sei, dann könnten die beiden georgischen Gebiete genauso Souveränität für sich reklamieren. Die in beiden Fällen unterschiedliche Positionierung westlicher Staaten bestätigte den in Russland verbreiteten Verdacht, insbesondere die USA würden sich doppelter Standards bei der Bewertung internationaler Beziehungen bedienen.

„Russland kann sich weder in EU noch NATO integrieren, dort empfängt man uns nicht – Russland ist zu groß und zu selbständig. Und in Asien gibt es einfach keinen Integrationsmechanismus.“ (Nikonov 2007b: 24)

Während die Gründe für die Ablehnung durch die USA eher in der Geopolitik oder in (westlichen) „Phobien des Kalten Krieges“ (Surkov 2008: 175) gesucht werden, sind es bei Europa eher Ängste oder „Übersetzungsprobleme“:

„Mir scheint, unsere Probleme mit dem Westen sind Übersetzungsprobleme, Probleme der Kommunikation zwischen europäischen Kulturen mit gleicher Wurzel, die aber im Geiste sehr unterschiedlich sind.“ (Surkov 2008: 20)

Diese gleichzeitigen, paradox erscheinenden Empfindungen für Europa von Unterschied und Ähnlichkeit fänden in Europa ihre Entsprechung in gleichzeitigen Gefühlen von Zuneigung und Angst gegenüber Russland, konstatiert Moskaus Ex-Bürgermeister Jurij Lužkov:

„Trotz der zweifellosen Zugehörigkeit Russlands zu den europäischen Nationen, ungeachtet seines Wachstums nicht nur im Kontext [...] der europäischen Kultur und Geschichte, zeigt Europa (die Mutter der modernen westlichen Zivilisation) unserem Land gegenüber eine Mischung aus Zuneigung und Angst.“ (Poljakov 2007: 195)

Da so eine politische Allianz nicht möglich ist und auch sonst die Interessen nicht immer übereinstimmen,²⁵ bleibt immerhin eine kulturelle Zugehörigkeit zu Europa. Russland beziehungsweise die Russen (*russkie*) seien eine der großen, alten Nationen Europas (Čadaev 2007: 83ff.), aber mit russischen Eigenheiten, womit sich auch auf russischer Seite eine Unentschiedenheit widerspiegelt:

„Es ist mehr oder weniger augenscheinlich, dass Russland eine andere (alternative) europäische und christliche Nation ist. Wir sind ein [...] ungewöhnlicher Teil Europas, anders als Deutschland oder Frankreich [...] aber auch wieder nicht völlig anders.“ (Poljakov 2007: 156)

25 „Russland ist emotional und wirtschaftlich eng mit Europa verbunden, doch die EU ist ein schwieriger Partner, mit dem sich die nationalen Interessen Russlands nicht immer verwirklichen lassen.“ (Nikonov 2003f)

Russland wird im offiziellen Diskurs porträtiert als eine europäische Nation wie jede andere, man sei nicht weniger Europa als der restliche Teil der alten Welt (Nikonov 2007b: 24), und das sei so auch ohne europäische Bestätigung:

„Natürlich ist die *russländische* Version der europäischen Kultur eine besondere, aber nicht mehr als es auch die [...] deutsche, [...] oder englische Varianten [...] sind. Wir verstehen uns als Teil Europas, ob dies gefällt oder nicht, wir sehen unseren Platz in der Welt so und hoffen, dass mit der Zeit uns auch unsere Nachbarn und Partner so wahrnehmen werden.“ (Surkov 2008: 113, eig. Hervorh.)

Aus der kulturellen Identität Russlands als europäisch gewachsen ergeben sich auch Konsequenzen für die politische Identität im engeren Sinne. Das Europäisch-Sein entspricht auch Forderungen nach ökonomischem Erfolg und nach einer demokratischen Identität. Ist Russland europäisch, dann muss es auch demokratisch sein: „Die neue demokratische Ordnung geht aus der europäischen Zivilisation hervor“, jedoch hat sie „dabei [...] eine überaus russische Eigenart“ (Surkov 2008: 10). Womit in wenigen Worten souveräne Demokratie umschrieben ist. Zugleich bedeutet die Zugehörigkeit zu Europa nicht nur die Übernahme einer politischen Identität, sondern auch die Identifikation mit einem europäischen Wirtschaftsmodell.²⁶ Deshalb wird auch souveräne Demokratie als Idee präsentiert, die *keine* Abweichung von einer angenommen europäischen Linie bedeutet (Surkov 2008: 95).

Die Forderung nach Zusammenarbeit mit Europa bleibt stark verankert im offiziellen und im weiteren politischen Diskurs. In den Wunsch nach Integration mischt sich aber auch die Furcht vor Souveränitätsverlust und abwegigen Vorstellungen über das, was Integration in die EU bedeuten könnte – wenn sie denn möglich wäre:

„Es ist üblich, dass [...] Länder einen Teil ihrer souveränen Rechte aufgeben wann immer sie internationalen Vereinigungen beitreten. So haben die Mitgliedsstaaten der EU 60-70 Prozent ihrer souveränen Funktionen an Brüssel abgegeben.“ (Poljakov 2007: 319)

Ein erster Schritt dazu könnte die Übernahme europäischer Gesetze sein, was aber auch als Risiko gesehen wird (Karaganov 2004, 2005).

Die Spannung zwischen unmöglicher politischer und (nicht anerkannter) kultureller Zugehörigkeit bleibt ein Kennzeichen im offiziellen (wie im erweiterten politischen) Diskurs. Während erstere mittlerweile als weitgehend unmöglich

26 „Der europäische Weg ist der Weg des Erfolges, des Wachstums.“ (Surkov 2008: 95)

angesehen wird (und auch: als nicht wünschenswert), ist die Vorstellung eines europäischen Russlands im kulturellen Sinne fest etabliert. Letzteres kann aber auch zu Forderungen nach neuen Allianzen (Karaganov 2005) führen, nicht zuletzt zum Beispiel auch nach neuen Sicherheitsstrukturen in Europa.²⁷

Dieser Wunsch nach Partizipation in westlichen Institutionen ist besonders ausgeprägt im liberal-konservativen Spektrum (und folglich im offiziellen Diskurs) – Linkskonservative wie Cholmogorov dagegen fordern, die Frage nach der Zugehörigkeit zu Europa aus der russischen politischen Agenda vollständig zu streichen. Innenpolitische Probleme und Herausforderungen an den Grenzen Russlands ließen die Frage nach Zugehörigkeit zu Europa – geschweige denn zu einer „sozial-liberalen“ EU – als sekundär erscheinen. Anerkennung *legitimer Differenz* ist zentraler Inhalt der wechselseitigen russisch-europäischen Beziehungen (Prozorov 2004: 61).

10.4 „RUSSIANS FIRST“: SCHONUNG DES VOLKES

Die „Schonung des Volkes“ (*sbereženie naroda*) oder „Rettung des Volkes“ ist ein wichtiges Element des offiziellen Diskurses, das eng mit den Signifikanten „demographische Katastrophe“ und mit Migration verbunden ist, aber auch versicherheitlicht wird.

Hintergrund ist der Rückgang der Bevölkerung in der Russländischen Föderation von 148 Millionen (1992) auf 142 Millionen (2010) (Götz 2002; GKS 2010). Bis 2015 wird ein Rückgang um weitere zehn Millionen erwartet. 2050 könnte die Gesamtbevölkerung – je nach Schätzung – auf 55 bis 80 Millionen sinken. Gründe für die Entwicklung liegen unter anderem in einer steigenden Sterblichkeitsrate bei abnehmender Geburtsquote, wobei erstere einem zunehmenden Trend folgt, während letztere sich seit 2000 stabilisiert hat. Zweifelsohne haben diese Veränderungen ökonomische Konsequenzen, insbesondere den Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung. Dies scheint aber nicht der Hauptfokus der Klagen oder der Forderung nach Abhilfe zu sein (Götz 2002: 3).

Die Frage ist vielmehr, wie das Thema im offiziellen Diskurs artikuliert wird. Es zeichnet sich eine sehr emotionale Diskussion ab, die sich insbesondere auf das Aussterben Russlands und der Russen (hier vorrangig im ethnischen Sinne), das heißt: der Nation, konzentriert.

27 Eine Forderung, die besonders von Dmitrij Medvedev nach seinem Amtsantritt wiederholt formuliert wurde.

Wie oben gesehen, ist das Thema des Rückganges der Bevölkerung ein Anliegen, das in beinahe allen Ansprachen Vladimir Putins Einzug gehalten hat und das typischerweise im national-konservativen Diskurs einen prominenten Platz einnimmt. Solženitsyns Diktum der „Schonung des Volkes“ wird 2006 erstmals von Putin aufgegriffen und hat danach Anklang gefunden – auch unter dem Regime kritisch gegenüberstehenden Intellektuellen. So fordert ein Wirtschaftswissenschaftler eine „wirklich nationalistische Politik“, die die Russen in den Mittelpunkt des politischen Wirkens stellt, und erklärt:

„Eine nationalistische Politik bedeutet, dass man die menschlichen Ressourcen retten (*spasit'*) muss – [auf Nachfrage: *sberəženie?*] – Ja, ja, das ist genau das richtige Wort, ein geflügeltes Wort Solženitsyns. Ich habe mal nachgerechnet wie viele Millionen Menschen Russland seit dem ersten Weltkrieg verloren hat. Der Weltkrieg, die Revolution, der Bürgerkrieg, der Stalinismus, der Große Vaterländische Krieg. Das darf nicht mehr sein.“ (Interview 13/3/16-20)

In seiner Ansprache vor der Föderationsversammlung 2005 forderte Putin, dass man sich nicht damit abfinden könne, dass die Lebenserwartung in Russland so gering sei (genauer: geringer als im Westen), die Sterblichkeit hoch, die Geburtenrate niedrig (Putin 2008f: 286f). Ein Jahr später macht er die Demografie zu einem Thema nationaler Sicherheit (Putin 2008g: 330). Die Migrationsproblematik wird stärker betont. Putin fordert besonders eine Immigration derjenigen, die sich mit Achtung der russländischen Kultur und „unseren nationalen Traditionen“ verbunden fühlen – daher sind besonders auch „unsere Landsleute“, ethnische Russen aus den anderen Nachfolgerepubliken der UdSSR zur Einwanderung nach Russland aufgerufen (ibid. 331). Noch deutlicher wird eine offiziöse Publikation, welche die Ansprache Putins einer Rede Egor Gajdars gegenüberstellt: Während letzterer die demografische Problematik als eine nicht nur für Russland typische dargestellt und sich unterschiedslos für Immigration ausgesprochen hätte, um den Verlust an Arbeitskräften zu kompensieren, forderten *Edinaja Rossija* und Putin eine nationale Lösung (also keine rein ökonomisch bestimmte):

„Nein, wir werden zu keinem ‚Schmelztiegel‘ [amerikanischen Typs] werden, der die ‚Migranten‘ zusammen mit der alteingesessenen Bevölkerung vermischt und zu einer universellen, beliebigen Erinnerung kultureller Wurzeln führt und zu [reinen] Arbeitskräften macht [...] Wir [...] werden in erster Linie jene Bevölkerung bewahren und vermehren, die historisch auf unserem Boden lebt, egal, welche Kosten das verursacht.“ (Isaev 2006: 14; Poljakov 2007: 479)

Die „alteingesessene“ und die „historisch auf unserem Boden“ lebende Bevölkerung sind unklare Konzepte, die sich auf alle Völker Russlands beziehen können, aber auch durchaus speziell ethnische Russen meinen. In jedem Fall bezeichnen sie eine klare Absage an eine nicht-russische Immigration. Cholmogorov jedoch wendet sich wieder gegen ein rassistisches Konzept von dem, was Russisch sein ausmacht:

„Russisch sein [*ruskost'*] heute ist nicht abhängig von der Haut- oder Augenfarbe [...] es ist der Wille, Russland nicht aussterben zu lassen, zu verhindern dass es getötet wird.“ (Cholmogorov 2006: 272)²⁸

Die Gefahr, dass russische Menschen „getötet“ werden oder aussterben, wird mehrfach genannt (Cholmogorov 2006: 49; Poljakov 2006: 101). Bemerkenswert ist die Verbindung mit den Themen der Souveränität und der Demokratie.

Demnach sei die „Schonung des Volkes“ eine „ganze Philosophie“, in der sich die Grundlage der Demokratie manifestiere (Surkov 2008: 104).²⁹ Natürlich leuchtet es ein, dass Demokratie einen physischen *Demos* benötigt, ja es versteht sich dermaßen von selbst, dass es keiner weiteren Erwähnung bedarf. Das Aufzeigen der Verbindung wirkt also eher künstlich und scheint die Artikulation zu erzwingen zwischen der nationalistischen Forderung danach, die Entvölkerung Russlands aufzuhalten (Poljakov 2006: 605), das „Überleben der Nation“ zu sichern (Cholmogorov 2006: 64) und die „Geschichte der Nation fortzusetzen“ (ibid.: 48).

10.5 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG: NATIONALE IDENTITÄT

Wie auch in den 1990er Jahren ist der russische offizielle Diskurs – trotz Bemühungen, diesen Zustand zu ändern – immer noch mit vielen Kernfragen der russischen Identitätsbildung beschäftigt.

Die Frage des Vielvölkerstaats „Russland“ bleibt ein zentrales Spannungsfeld. Offensichtlich aber scheint, dass sich der offizielle Diskurs ethno-na-

28 Dies erinnert an frühe Konzepte nationaler Identität in der UdSSR und an ihre Konstruktion durch die sowjetische Ethnologie, einschließlich der Phase, in der gegen einen biologischen Determinismus gearbeitet wurde (Hirsch 2005: 231ff.).

29 Und weiter: „Auch die souveräne Demokratie [...] appelliert an die Würde des russischen Volkes, der russländischen Nation als Ganzes“.

tionalistischen Forderungen angenähert hat – trotz Beteuerungen, die Russen als eine Wahl- und besonders als eine Kulturgemeinschaft anzusehen (insbesondere mit der Sprache als ein konstituierendes Element). Davon zeugen auch die im Umfeld des offiziellen Diskurses publizierten Texte, nicht zuletzt die Arbeiten von Cholmogorov (2006). Auch die Wiederentdeckung der Auslandsrussen – ein bereits unter El'cin angestoßener, aber erst nach 2000 vehementer betriebener diskursiver Prozess – zeugt von einer Verschiebung weg von den Konzepten *rossijane/rossijskij* hin zu *russskij*. Es ist dies eine Verschiebung, die zumindest zeitlich zusammenfällt mit einer wachsenden Xenophobie, nicht zuletzt gegenüber russischen Staatsbürgern aus dem Kaukasus.

Unwesentlich einfacher als die Definition nach innen fällt die Abgrenzung nach außen. Zwar sind die Beziehungen zum Westen immer verschiedenen Konjunkturen ausgesetzt, doch gerade die Periode 2000-2008 ist von einem Negativ-Trend gekennzeichnet, der unter anderem bedingt ist durch eine Vielzahl sich nicht positiv auswirkender Ereignisse. Spätestens mit Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 ist insbesondere ein politischer Antiamerikanismus en vogue. Damit verbunden sind Forderungen nach einer multipolaren Weltordnung, in der Russland eine gleichberechtigte und von allen Seiten anerkannte Rolle zufällt – eben Russland als „fetter Kater“.

Die Ablehnung von USA und NATO – durch Medvedev teilweise revidiert – steht in einem latenten Widerspruch zu der weitgehend positiven Bewertung Europas. Gerade in Bezug auf Europa herrschen Forderungen nach Eingliederung und Akzeptanz vor, die allenfalls auch gegen europäische Widerstände aufrechterhalten werden. Allerdings ist die Zugehörigkeit nicht uneingeschränkt. Sie hört dort auf, wo spezifisch russische Eigenheiten beginnen. Dieser Verweis erlaubt dann auch, den Abweichungen vom europäischen Modell Rechnung zu tragen und sie zu erklären. Er ist ebenfalls eine bequeme Erklärung für demokratische Defizite.

Eine eigentümliche Forderung ist schließlich jene nach „Schonung des Volkes“, in die quasi durch eine Seitentür ethno-nationalistische Forderungen einfließen. Denn mit dieser Bewahrung der menschlichen Ressourcen Russlands ist allzu oft die Bewahrung der ethnischen Russen gemeint, in Abgrenzung zu anderen Völkern in der russländischen Föderation und auch in Abgrenzung zu einer nicht-russischen Einwanderung aus Nachbarländern. Damit befindet sich der offizielle Diskurs ganz auf einer Linie mit Forderungen aus dem nationalistischen Lager, in dem das Putin'sche Regime ja durchaus auch seine Gegner hatte. Diese Forderung nach „Schonung“ wird auch wieder im gegen-hegemonialen Lager auftauchen.